

# Republikaner im Repräsentantenhaus streichen Anti-BDS-Gesetzentwurf von der Tagesordnung

Ein Gesetzentwurf gegen Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) wurde von den Republikanern diese Woche von der Tagesordnung des Kongresses genommen, und das ist nicht der einzige israelfreundliche Gesetzentwurf, der in letzter Zeit verschoben wurde.

Michael Arria, mondoweiss.net, 08.05.25

In dieser Woche haben die Republikaner im Repräsentantenhaus einen Gesetzentwurf gegen Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) aus dem Kalender des Kongresses gestrichen.

37 % der Republikaner:innen gaben im April 2025 an, sie hätten eine ablehnende Haltung gegenüber Israel. Im Jahr 2022 lag diese Zahl noch bei 27 %. Im Jahr 2022 hatten 35 % der Republikaner:innen unter 50 Jahren eine ablehnende Haltung gegenüber Israel. Diese Zahl stieg im letzten Monat auf 50%.

Das von der AIPAC unterstützte IGO-Anti-Boykott-Gesetz ist eine Änderung des Anti-Boykott-Gesetzes von 2018. Das Gesetz mit 24 Mitunterzeichnern wurde von den Abgeordneten Mike Lawler (R-NY) und Josh Gottheimer (D-NJ) eingebracht.

Nach der Bekanntgabe der Abstimmung wurde in *Tweets* und *Memes* behauptet, der Gesetzentwurf würde es der Regierung ermöglichen, Menschen für bis zu 20 Jahre ins Gefängnis zu stecken oder mit einer Geldstrafe von bis zu 1 Million Dollar zu belegen, sollten sie Israel boykottieren.

Tatsächlich wird dieser Rahmen bereits durch den Gesetzentwurf von 2018 vorgegeben. Diese neue Änderung (in der Israel eigentlich nicht direkt erwähnt wird) ist ein klarer Angriff auf die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen, die versuchen, den Palästinenser:innen zu helfen.

**Hier der vollständige Text:**

Mit diesem Gesetzentwurf wird ein bestehendes Anti-Boykott-Gesetz auf bestimmte Boykotte ausgeweitet, die von internationalen Regierungsorganisationen (IGOs) verhängt werden.

Das geltende Recht verbietet die Ausübung verschiedener Handlungen durch US-Personen (natürliche oder juristische Personen) im Zusammenhang mit Boykotten, die von ausländischen Regierungen gegen ein Land verhängt werden, das mit den Vereinigten Staaten befreundet und nicht selbst Gegenstand eines US-Boykotts ist. Dieser Gesetzentwurf wendet diese Verbote auf ähnliche Boykotte an, die von IGOs verhängt werden.

Zu den verbotenen Handlungen gehören:

- (1) die Verweigerung von Geschäften mit Unternehmen, die nach den Gesetzen des boykottierten Landes organisiert sind, wenn die Verweigerung auf einer Vereinbarung mit dem Land oder der IGO beruht, das/die den Boykott verhängt hat;
- (2) die Verweigerung der Beschäftigung von US-Bürgern aufgrund von Ethnie, Religion, Geschlecht oder nationaler Herkunft; und
- (3) die Weitergabe von Informationen darüber, ob jemand mit karitativen oder verschwisterten Organisationen verbunden ist, die das boykottierte Land unterstützen.

Der Gesetzentwurf verpflichtet den Präsidenten außerdem, dem Kongress jährlich einen Bericht vorzulegen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, in dem diese Boykotte beschrieben und die ausländischen Länder und internationalen Organisationen aufgelistet werden, die an der Förderung oder Auferlegung dieser Boykotte beteiligt sind.

Nach Bekanntwerden der Abstimmung wurde der Änderungsantrag heftig kritisiert, und zwar nicht nur von palästinenserfreundlichen linken Kreisen. Eine Reihe von rechten Politiker:innen und Expert:innen kritisierte den Schritt, so dass Lawler gezwungen war, den Gesetzentwurf gegenüber Mitgliedern seiner eigenen Partei online zu verteidigen.

Der Abgeordnete Thomas Massie (R-KY) sagte, er werde nicht für den Änderungsantrag stimmen. „Antisemitismus ist schlecht und sollte kategorisch abgelehnt werden“, twitterte der ehemalige Abgeordnete Matt Gaetz. „Nicht jede Idee, die ausgeheckt wird, um auf Antisemitismus zu reagieren, ist eine gute Idee. Es besteht eine echte Gefahr bei der Verabschiedung von Gesetzen wie diesem.“

Charlie Kirk, eine Persönlichkeit des rechten Medien-Flügels, sagte, der Gesetzentwurf würde „nur noch mehr Antisemitismus hervorrufen und dem sich verbreitenden Narrativ Vorschub leisten, Israel steuere die US-Regierung“. „Dieses Gesetz sollte nicht verabschiedet werden“, fügte er hinzu. „Jeder Republikaner, der für dieses Gesetz stimmt, stellt sich selbst bloß. Wir werden das sehr genau beobachten.“

Auch die Abgeordnete Marjorie Taylor Greene (R-GA) erklärte, sie werde gegen den Änderungsantrag stimmen. „Es ist meine Aufgabe, die Rechte der Amerikaner zu verteidigen, zu kaufen

oder zu boykottieren, was sie wollen, ohne dass die Regierung sie hart bestraft oder inhaftiert“, twitterte sie.

Es ist leicht, diese Chose als eine Erweiterung der „America First“-Politik der Trump-Anhänger abzutun, aber die Rechte ist in solchen Fragen nicht gerade konsequent. Nehmen Sie zum Beispiel Marjorie Taylor Greene. Bereits im Jahr 2021 kritisierte Greene Abgeordnete wie Rashida Tlaib (D-MI) und Ilhan Omar (D-MN) für ihre Unterstützung des Boykotts gegen Israel. „Sie unterstützen BDS, was Israels Wirtschaft schadet“, sagte Greene. „Sie wollen ihre Waren boykottieren. Das ist es, was unsere US-Kongressmitglieder unterstützen, sie schaden der israelischen Wirtschaft. Sie unterstützen die Hamas, die Israel bombardiert.“

Der Journalist David Grossman sagt auf X, es sei schwierig, Greenes Kehrtwende als ideologischen Schritt zu interpretieren. Vielmehr versuche sie, „von einem sinkenden Schiff abzuspringen, das immer mehr aussieht wie ein ‚ewiger Krieg‘“.

Es gibt einige aktuelle Umfragen, die diese Theorie unterstützen könnten. Letzten Monat veröffentlichte *Pew* eine Umfrage, die zeigt, wie die Unterstützung für Israel in den letzten Jahren zurückging. 37 % der Republikaner:innen gaben an, sie hätten eine ablehnende Haltung gegenüber Israel. Im Jahr 2022 lag diese Zahl noch bei 27 %. Aber schaut man sich die jüngeren Republikaner:innen an, gab es dort einen Sprung. Im Jahr 2022 hatten 35 % der Republikaner:innen unter 50 Jahren eine ablehnende Haltung gegenüber Israel. Diese Zahl stieg auf 50%.

Matthew Petti von Reason merkt an, dass Lawler seinen Gesetzesentwurf Anfang des Jahres als Verteidigung Israels anpries, in seinen jüngsten Tweets jedoch jegliche Erwähnung des Landes unterließ und behauptete, die Gesetzgebung zieler auf „Neutralität in Handelsstreitigkeiten“ ab und er bestünde darauf, dass sie nicht in die persönlichen Entscheidungen der Menschen eingreife.

*Sludge* bezeichnet die Abschaffung des Gesetzes als „seltenen Rückschlag“ für den AIPAC, und ein flüchtiger Blick auf pro-israelische Websites zeigt eine wachsende Frustration über diese Entwicklung.

Werfen Sie einen Blick auf diesen komisch passiv-aggressiven Satz aus einem Bericht von Marc Rod von *Jewish Insider* zu diesem Thema: „Der Fallout ist nur ein aktuelles Beispiel dafür, wie sich Akteure an den politischen Rändern mobilisierten, um israelfreundliche Gesetze und Gesetzesentwürfe zur Bekämpfung des Antisemitismus zu behindern, die ansonsten parteiübergreifende Unterstützung genießen – oft durch falsche Darstellung ihrer Ziele und Auswirkungen – und genügend Einfluss gesammelt haben, um diesen parteiübergreifenden Konsens umzu stoßen und den Gesetzgebungsprozess zu vereiteln.“

Dies ist nicht der einzige pro-israelische Gesetzentwurf, der in letzter Zeit verschoben wurde. Der Senatsausschuss für Gesundheit, Bildung, Arbeit und Renten hat im vergangenen Monat die Abstimmung über den *Antisemitism Awareness Act* verschoben. Der Gesetzentwurf würde die umstrittene Arbeitsdefinition der *International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)* für Antisemitismus gesetzlich festschreiben.

Bei einer Anhörung zum Gesetzentwurf schien die Vorlage zu scheitern. Senator Rand Paul (R-KY) sprach sich dagegen aus, und die Demokraten brachten Dutzende von Änderungsanträgen zu dem Gesetz ein. In einem wurde Trumps hartes Vorgehen gegen Studenten kritisiert, in einem anderen wurde betont, dass Kritik an Israel kein Antisemitismus sei.

Die Präsidentin der *Stiftung für den Frieden im Nahen Osten (FMEP)*, Lara Friedman, sagte mir im Februar Folgendes über den Gesetzentwurf: „Es lohnt sich, einige der Gründe für die Verzögerung zu nennen. Nach der Verabschiedung im Repräsentantenhaus gab es einen plötzlichen Aufschrei der Opposition vom rechten Flügel. Bis zu diesem Zeitpunkt waren es Gruppen wie die *ACLU* und Palästina-Aktivist:innen, die wegen des Gesetzes Alarm schlugen, aber nach der Verabschiedung des Gesetzes im Repräsentantenhaus gab es Pro-Israel-Stimmen wie Batya Ungar-Sargon und Bill Ackman, die es aus Gründen des ersten Verfassungszusatzes angriffen...“

Es gab also einen Aufschrei von rechts. Es waren Libertäre. Es waren die Verfechter der freien Meinungsäußerung auf der rechten Seite. Ein großer Teil der Rechten sagte, dies sei nur eine Form von heimlichem *DEI*. Man schafft eine Kategorie, die irgendwie eine Ausnahmeregelung für die Meinungsfreiheit hat, damit ihre Gefühle nicht verletzt werden...

Es ist schwer zu glauben, dass einer dieser Gesetzesentwürfe jemals verabschiedet wird, und diese sind sicher nicht die einzigen Versuche, die freie Meinungsäußerung im Kongress zu unterdrücken. Die Tatsache, dass dies für die *AIPAC* kein Spaziergang war, ist jedoch bemerkenswert und sollte in Zukunft aufmerksam verfolgt werden.

### **Neue Daten zur Diskriminierung in der Arbeitswelt im Zusammenhang mit Palästina**

Der Campus ist sicherlich nicht der einzige Ort, an dem pro-palästinensische Äußerungen aktiv unterdrückt werden. Dies geschieht auch am Arbeitsplatz, und dank eines neuen Berichts von *CAIR* haben wir einige Statistiken zu dieser Situation.

Nach Angaben von *Terminated: Employment Discrimination at the Core of Islamophobia and Anti-Palestinian Racism* (Beschäftigungsdiskriminierung im Zentrum von Islamophobie und antipalästinensischem Rassismus) erhielt die Gruppe im Jahr 2024 1.329 Beschwerden wegen Diskriminierung in der Arbeitswelt. Das sind mehr, als sie aus dem Bereich der Bildung erhielt.

Der Bericht stellt fest, dass viele Unternehmen die *Black-Lives-Matter-Bewegung* öffentlich begrüßten und ein auf soziale Gerechtigkeit ausgerichtetes öffentliches Image pflegten, bevor sie gegen Unterstützer:innen von Palästina vorgingen.

In diesem Zusammenhang werden zwei Muster festgestellt:

1.) „Palästinensische, muslimische und arabische Angestellte wurden ermutigt, ihre kulturelle und religiöse Identität am Arbeitsplatz nur insoweit mitzuteilen, als sie nicht Gefahr laufen, Kritik an der israelischen Regierung zu äußern, auch wenn diese weiterhin eine Kampagne zur Zerstörung des palästinensischen und muslimischen kulturellen und religiösen Erbes im Gazastreifen führt.“

2.) „Arbeitgeber, die in der jüngeren Vergangenheit alle Mitarbeiter ermutigt hatten, ihre Unterstützung für politische und soziale Bewegungen mitzuteilen, bestrafen nun ihre muslimischen, arabischen und anderen Mitarbeiter selbst für geringste Sympathiebekundungen für die palästinensische Zivilbevölkerung.“

„Seit Jahren ermutigen Unternehmen ihre Mitarbeiter, ihre Identität bei der Arbeit zum Ausdruck zu bringen und sich für die Dinge einzusetzen, die ihnen wichtig sind“, sagte Corey Saylor, Direktor für Forschung und Interessenvertretung bei *CAIR*, in einer Erklärung. „Aber jetzt, wo es palästinensische, arabische und muslimische Angestellte sind, die Zeichen ihrer Kultur zeigen, und andere Angestellte, die ihre Solidarität mit dem palästinensischen Volk zum Ausdruck bringen, reicht das aus, um disziplinarisch belangt und sogar entlassen zu werden. Was wir hier sehen, ist nichts weniger als eine Doppelmoral.“

Eine der Geschichten, die *CAIR* anführt, ist die von Hossam Nasr und Abdo Mohamed, zwei Microsoft-Mitarbeitern, die entlassen wurden, nachdem sie vor dem Firmensitz eine Mahnwache für Gaza abgehalten hatten. Ich habe kürzlich mit beiden gesprochen, ebenso wie mit Vaniya Agrawal, die entlassen wurde, weil sie die Veranstaltung zum 50-jährigen Bestehen von *Microsoft* gestört hatte, um gegen die Verbindung des Unternehmens zur israelischen Apartheid zu protestieren.

Die entlassenen Arbeitnehmer:innen sprachen über das Image von *Microsoft* als ethisches Unternehmen, das sich für die Menschenrechte einsetzt. „Microsoft hat sich das Image des guten Technologieunternehmens, des ethischen Verfechters der Menschenrechte und so weiter aufgebaut“, sagte Nasr. „Und ein Großteil der Arbeit von Microsoft besteht darin, ein Image aufzubauen, das besagt, dass das Unternehmen moralischer sei als andere Technologieunternehmen. Durch ihre Partnerschaften mit dem israelischen Militär, durch ihre Komplizenschaft mit dem israelischen Apartheid- und Völkermordregime ist klar geworden, dass dieses Image sowohl bei den Beschäftigten als auch in der Öffentlichkeit nicht mehr vorhanden ist.“

*Michael Arria ist der US-Korrespondent von Mondoweiss. Seine Arbeiten sind in In These Times, The Appeal und Truthout erschienen. Er ist der Autor von Medium Blue: Die Politik von MSNBC.*

Quelle:

<https://mondoweiss.net/2025/05/the-shift-house-republicans-pull-anti-bds-bill-from-schedule>

Übersetzung für Pako: A. Riesch – palaestinakomitee-stuttgart.de